

Niederschrift

über die 2. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am Dienstag, den 09.03.2021, um 17:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Johannes Mans

Ausschussmitglieder

Bernd Karl Bornewasser
Rolf Ebbinghaus
Volker Ebbinghaus
Hans Wilhelm Golombek
Thomas Klee
Thomas Lorenz
Elisabeth Pech-Büttner
Annette Pizzato
Udo Schäfer
Sebastian Schlüter
Dietmar Stark
Gerd Uellenberg
Dejan Vujinovic
Dr. Jörg Weber

Vertreter

Jürgen Fischer
Bernd-Eric Hoffmann
Sabine Plasberg-Keidel

Vertretung für Herrn Schulte
Vertretung für Herrn Steinmüller
Vertretung für Herrn Busch

von der Verwaltung

Sandra Hilverkus
Jochen Knorz
Wolfgang Scholl
Simon Woywod

Schriftführerin

Larissa Schipper

Gäste

Felix Staratschek

zu TOP 1

es fehlen:

Ausschussmitglieder

Dietmar Busch
Rolf Schulte
Klaus Steinmüller

Tagesordnung:**(Öffentlicher Teil)**

1. Bürgeranregung für einen besseren ÖPNV zwischen Radevormwald, Wuppertal und Remscheid (Bürgeranregung von Herrn Felix Staratschek) AN/0016/2021
2. Änderung der Geschäftsordnung des Rates (GeschO Rat) BV/0087/2021
3. Erlass der Haushaltssatzung 2021 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 BV/0104/2021
- 3.1. Stellenplan (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 05.03.2021) AN/0020/2021
- 3.2. Feuerwehrhäuser (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 08.03.2021) AN/0022/2021
4. Digitalisierung (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2021) AF/0009/2021
5. Mitteilungen und Fragen

Der Vorsitzende eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf die Abfrage der Befangenheit zu einzelnen Tagesordnungspunkten erklärt sich kein Mitglied für befangen.

(Öffentlicher Teil)

- 1. Bürgeranregung für einen besseren ÖPNV zwischen Radevormwald, Wuppertal und Remscheid (Bürgeranregung von Herrn Felix Staratschek) AN/0016/2021**
-

Herr Staratschek führt die Bürgeranregung aus.

Der Bürgermeister teilt mit, dass dieses Thema an die Städte Wuppertal und Remscheid, und den Oberbergischen Kreis weitergeleitet wird.

- 2. Änderung der Geschäftsordnung des Rates (GeschO Rat) BV/0087/2021**
-

Herr Vujinovic erfragt, warum in § 18 die 5 Tage-Frist für Einwohner gestrichen wird.

Frau Hilverkus teilt mit, dass diese Frist nicht nötig ist. Die Einwohner haben das Recht, in der Ratsitzung die Fragen mündlich zu stellen.

Frau Pech-Büttner erfragt hierzu die Praktikabilität und wie die Einwohner die Antwort erhalten, wenn sie nicht in der Sitzung mitgeteilt werden kann.

Frau Hilverkus gibt an, dass die Einwohner dann eine Mitteilung auf dem Postweg erhalten.

Es wird sich dafür ausgesprochen die 5 Tage-Frist folgendermaßen beizubehalten:

„Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen und sollten 5 Werktage vor der Ratssitzung...“.

Herr Hoffmann erfragt, ob es Vorgaben zur Datensicherheit gibt und ob das Ganze auditiert wird.

Frau Hilverkus teilt mit, dass sich der Datenschutz aus § 30 GO NRW ergibt. Weiterhin wird es nicht auditiert.

Frau Pech-Büttner erfragt zu § 15 Abs. 3, wie der Deckungsvorschlag in der Praxis umgesetzt werden soll.

Herr Woywod gibt an, dass, wenn Anträge finanziell über den Haushaltsplan hinausgehen sichergestellt werden muss, wie diese finanziert werden können. Hierzu könnte ein Austausch mit der Verwaltung helfen.

Herr R. Ebbinghaus bittet darum in § 2 das Wort „zugehen“ durch „zur Verfügung stellen“ zu ändern.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses sind hiermit einverstanden.

Herr Hoffmann merkt an, dass die freien Träger des Jugendhilfeausschusses ebenfalls für die digitale Gremienarbeit mit entsprechenden Mitteln oder Geräten ausgestattet werden sollten.

Herr Woywod teilt mit, dass dieses Thema bekannt ist und es zeitnah eine Lösung geben wird.

Herr Bornewasser erfragt, ob alle neu eingestellten Dokumente in Session-Net den jeweiligen Mitgliedern per E-Mail geschickt werden.

Frau Schipper gibt an, dass die Mitglieder eine Mitteilung per E-Mail über die Einladung sowie den Nachtrag erhalten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Änderungen der §§ 1, 2, 15, 17 18, 24, 30 - 33 der Geschäftsordnung werden beschlossen. Die Einzelheiten sind der Synopse in der Begründung zu entnehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. Erlass der Haushaltssatzung 2021 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022

BV/0104/2021

Herr R. Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion zum Thema Stellenplan.

Herr Vujinovic merkt an, dass der Wirtschaftsförderer für die heimische Wirtschaft tätig sein sollte. Weiterhin handelt es sich nicht um eine A11 Stelle sondern um eine EG11 Stelle.

Herr Woywod teilt mit, dass die Wirtschaftsförderung Ansprechpartner für die Wirtschaft sein soll. Des Weiteren gibt es einen akuten Bedarf im Bereich Breitbandkoordination und Veranstaltungsmanagement.

Beschlussentwurf:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, die im Stellenplan vorgesehene A 11 Stelle zur Wahrnehmung von Aufgaben zur Wirtschaftsförderung ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

2 Ja-Stimmen	(1 FDP, 1 AL)
14 Nein-Stimmen	(6 CDU, 3 SPD, 3 GRÜNE, 1 UWG, Bürgermeister)
2 Enthaltungen	(1 RUA, 1 AfD)

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Herr Ebbinghaus erläutert den Antrag der AL-Fraktion zum Thema Feuerwehrhäuser.

Er gibt an, dass es sich hier um einen Prüfauftrag handelt. Die Einheiten sollen nicht aufgelöst werden. An allen Feuerwehrhäusern müssen bauliche Maßnahmen durchgeführt werden. Er bittet darum, für den Brandschutzbedarfsplan zu überlegen, ob man für Schulungszwecke Schwerpunkthäuser einrichten könnte.

Herr Knorz teilt mit, dass die Anzahl der Feuerwehrhäuser notwendig ist, um die Hilfsfristen einhalten zu können. Es gibt verschiedene Vorschriften für Feuerwehrhäuser. Hier hat die Verwaltung eine Prioritätenliste. Somit müssen vorrangig 3 Wachen ausgebaut werden. Die Notwendigkeit wird vorab geprüft.

Nach kurzer Diskussion ist man sich einig, dass man im Rahmen der Erarbeitung des Brandschutzbedarfsplans die Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit überprüft.

Unter diesen Umständen erklärt Herr R. Ebbinghaus den Antrag für erledigt.

Anschließend wird über die Vorlage der Verwaltung beraten.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ob die 100.000 € für Breitband zusätzlich in den Haushalt kommen. Weiterhin erfragt er zu den EFRE Mitteln, warum diese geringer ausgefallen sind als gedacht und ob sie nur für das Quartier Wupperorte gelten oder auch für andere Quartiere.

Herr Woywod teilt mit, dass für den Breitband 7.000.000 € neuveranschlagt wurden.

Herr Mans teilt mit, dass die Sachmittel i.H.v. 24.000 € ausschließlich für die Wupperorte zur Verfügung stehen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die EFRE-Mittel gelten nur für die Fördermaßnahme InHK Wupperorte. Sie fallen nicht geringer aus, sondern sie verteilen sich durch die zeitliche Verschiebung verschiedener Maßnahmen zum Teil auf spätere Jahre.

Herr Hoffmann erfragt zur Breitbandversorgung, für was die Mittel ausgegeben werden.

Herr Woywod gibt an, dass es hier um eine mögliche Zusammenarbeit geht. Genauere Informationen hat man zu diesem Thema noch nicht.

Herr Hoffmann merkt an, dass man die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Kreises zu einem Gespräch über dieses Thema einladen könnte.

Herr Woywod teilt mit, dass erst einmal Gespräche mit Interessenten stattfinden werden. Führen diese zu keinem Ergebnis wird man die Politik hierzu unterrichten. Danach könnte man dieses Gespräch mit dem Kreis führen.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, ab wann man hierüber sprechen kann.

Herr Woywod merkt an, dass die Gespräche mit den Interessenten kurzfristig stattfinden.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

- Die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung 2021 inkl. Anlagen (Haushaltsplan inkl. dessen Anlagen) nach § 80 Abs. 4 GO NW,
- Den Stellenplan nach § 41 Abs. 1 lit. h) GONW,
- Das HSK nach § 41 Abs. 1 lit. h) GONW.
- Das HSK mit Ablauf des Jahres 2021 zu verlassen.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen (6 CDU, 3 SPD, 3 GRÜNE, 1 UWG, 1 FDP, 1 RUA, 1 AfD, Bürgermeister)
1 Enthaltung (1 AL)

3.1. Stellenplan (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 05.03.2021) AN/0020/2021

Siehe TOP 3.

3.2. Feuerwehrhäuser (Haushaltsbegleitantrag der AL-Fraktion vom 08.03.2021) AN/0022/2021

Siehe TOP 3.

4. Digitalisierung (Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.02.2021) AF/0009/2021

Frau Hilverkus erläutert die Antworten der Anfrage:

Frage: Welche Verfahren, auch über die Liste hinaus, können die Bürgerinnen und Bürger aktuell bereits digital abwickeln?

In Radevormwald können die Bürger digital nutzen:

1. Mängelmelder,
2. Bald: Terminvergabe
3. Bei Wahlen, das Wahlhelferportal

Frage: Welche Verfahren können aktuell nicht digital genutzt werden?

Antwort: grundsätzlich alle anderen und außer diesen 3. o.g zunächst auch noch n.

Frage: Wie ist der aktuelle Zeitplan für diese Verfahren? (Frage 1)

Antwort: Alle Prozesse in der Excel – Liste können kurzfristig produktiv geschaltet werden. Absprachen mit den Fachämtern erfolgen gerade. Dabei geht es unter anderem um Buchungstexte für die Stadtkasse, aber auch um die Einrichtung von Bezahlssystemen (paypal, paydirekt, giro pay)

Wenngleich sie auch mit dem E-Government als solches nichts zu tun hat, soll auch die Homepage ein neueres, moderneres Layout erhalten. Auch hiermit ist die IT-Abteilung gerade befasst.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass zum 01.05.2021 die Stelle des Digitalisierungsbeauftragten besetzt wird. Seine Aufgabe wird es sein, eine Bestandsaufnahme zu machen, daraufhin eine Prioritätenliste zu fertigen, mit Angelegenheiten, die am vorrangigsten umzusetzen sind und dann sukzessive in die Umsetzung zu kommen.

Die Vorbereitungen dafür werden aber gerade schon getroffen, am 08.03.2021 fand eine Auftaktveranstaltung zum Projekt Serviceportal statt.

Der Digitalisierungsbeauftragte ist bei diesen Terminen immer schon mit dabei.

Frage: Gibt es Kooperationen mit anderen Gemeinden?

Antwort: Radevormwald wird zukünftig an den Sitzungen des Arbeitskreises E-Government teilnehmen. Hier sind 12 Kommunen aus dem OBK und dem Rhein-Sieg-Kreis sowie die beiden Kreise vertreten.

Frage: Welche Weiterbildungsmaßnahmen sind in der Verwaltung zum Thema Digitalisierung geplant?

Antwort: Der Digitalisierungsbeauftragte ist bei einem Studieninstitut für einen Chief Digital Officer Kompaktlehrgang angemeldet. Dieser Lehrgang geht über 6,5 Tage. Coronabedingt wurde er leider schon verschoben, aber die Anmeldung bleibt aufrechterhalten. Weitere Angebote zur Fortbildung werden aufmerksam verfolgt und von der gesamten IT in Anspruch genommen.

Frage: Gibt es eine Planung, mit dem Kommunalportal.nrw. zu arbeiten?

Antwort: Nein. Wir nutzen das Serviceportal servicekonto.nrw, (dafür gab es am 08.03.2021 die Auftaktveranstaltung). Das Kommunalportal ist eine abgespeckte Variante des Serviceportals.

Herr Bornewasser erfragt, ob die Homepage barrierefrei aktualisiert wird.
Frau Hilverkus bejaht dies.

5. Mitteilungen und Fragen

Herr Golombek erfragt, wann der Brandschutzbedarfsplan erarbeitet ist.
Herr Knorz teilt mit, dass dies in diesem Jahr geschieht.

Herr Woywod teilt mit, dass es 3 Anträge zu Fördermaßnahmen gab. Die Fördermaßnahmen „Bäder“, „Turnhalle“ und „Lüftungsanlagen“ sind zwar als förderfähig anerkannt, werden aber im Jahr 2021 in Radevormwald aufgrund des geringen Budgets nicht gefördert.

Herr R. Ebbinghaus erfragt, wie mit diesen Anträgen umgegangen wird und ob evtl. eine Lösung stattfindet.

Herr Woywod gibt an, dass die Gründe nicht bekannt sind.

Ende des öffentlichen Teils: 18:17 Uhr.

Johannes Mans
Vorsitzender

Larissa Schipper
Schriftführerin

gesehen: Bürgermeister/Erster Beigeordneter

Anlage: Auflistung kommunaler Leistungen zu TOP 4